

Lühner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Katzbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Otto Herrmann, Schönau (Katzbach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 55 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Katzbach).

Die Ausgabe

erscheint wöchentlich 5 mal. Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnement 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

Ämtliches Publikations-Organ

der städt. Behörden und des königlichen Amtsgerichts.

Inserationspreis

für Lahn und Umgegend 10 Pf. für die 1 spaltige Zeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf. pro Zeile. Anahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 43.

Lahn, Sonnabend, den 11. April 1908.

5. Jahrgang.

Tages-Nachrichten.

Die Ankunft des Kaiserpaars auf Korsu wird am heutigen Freitag erwartet. Da bei der türkischen Regierung noch immer die Hoffnung besteht, daß Kaiser Wilhelm während seines Aufenthalts in Korsu die albanesische Küste besuchen werde, wurden die Behörden in Santi Quarant angewiesen, dem Kaiser einen feierlichen Empfang zuteil werden zu lassen. Am Donnerstag hat die Kaiserjacht „Hohenzollern“ Palermo unter den Guldigungen der Bevölkerung für die kaiserliche Familie verlassen.

Berlin. Zur Romfahrt des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow konnte die Wiener „Neue Fr. Pr.“ auf Grund von Informationen im Vatikan selbst mitteilen, daß die Beziehungen der Reichsregierung zur Kurie, trotz des Bruches der ersteren mit dem Zentrum, die besten geblieben seien. — Das konnte man freilich als selbstverständlich voraussetzen, da der deutsche Reichskanzler dem Papste sicherlich keinen Besuch abstatten würde, wenn die beiderseitigen Beziehungen getrübt wären.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstages nahm die Postschecvorlage mit unwesentlichen Änderungen an und vertagte sich als dann bis zum 20. April. Die Regierung ließ in der Debatte noch einmal erklären, daß die Gebühren auf das knappste berechnet seien und daß dem Reichstage jährlich Mitteilungen über die aus dem Gesetze gemachten Erhebungen zugehen würden. Ein Zentrumsantrag, die Versuchszeit, die bis zum Jahre 1914 in Aussicht genommen ist, um zwei Jahre abzukürzen, wurde einstimmig angenommen. Mit 10 gegen 9 Stimmen wurde beschlossen, als Gebühr für jede Barrückzahlung außer der Ersten Gebühr von 5 Pf. nur $\frac{1}{10}$ statt $\frac{1}{8}$ vom Tausend der auszahlenden Beträge zu erheben. Der Absatz der Vorlage, der für jede über 600 Buchungen im Jahr hinausgehende weitere Buchung 7 Pf. Zuschlagsgebühr festsetzt, wurde angenommen.

Berlin. Der deutsche Reichstag ist bereits am Mittwoch, also zwei Tage vor dem von seinem Seniorenkongress in Aussicht genommenen Termin, in die Osterferien gegangen, nachdem er Vereins- wie Bürgergesetz in dritter Lesung in der Fassung des zwischen den Blockparteien abgeschlossenen Kompromisses endgiltig angenommen hatte. — Der Präsident Graf Stolberg wünschte den Mitgliedern am Schluß der Mittwoch-Sitzung Erholung und Sammlung neuer Kräfte in den Osterferien nach einem außerordentlich arbeitsreichen Jahr. Und es ist tatsächlich vom Reichstage in dem Sessionsabschnitt seit dem 22. November v. J. ungewöhnlich viel geleistet worden. Außer dem Etat, dem Vereins- und dem Bürgergesetz erledigte das hohe Haus, um nur das Wichtigste anzuführen, in 88 Sitzungen: den Gesetzentwurf über Majestätsbeleidigungen, das Telefontengesetz, die Bundeskonvention, das Flottengesetz, das Schiedsgerichtsgesetz und 5 kleinere Vorlagen. Folgende Vorlagen wurden in erster Lesung erledigt und Kommissionen überwiesen: Wechselprotest, Unterstützungswohnsitz, Tierhalter-, Versicherungsvertrag, Kleiner Befähigungsnachweis, Vagantenheimarbeitsentwürfe, sowie die große Gewerbeordnungsnovelle, zwei Nachtragsetats und die Münznovelle. Drei Initiativanträge wurden beraten und zwar die über Förderung des Handwerks, Verbesserung der Privatbeamten und Regelung des Automobilverkehrs. An Interpellationen wurden besprochen: wegen Kohlenpreise, Bankdiskont, Entschädigungsvorlage, Regelung des Knappschaftswesens, Reichswahlrecht für die Bundesstaaten, Beamtengehälter, Schiffsabgaben.

Berlin. Die Annäherung zwischen Deutschland und Amerika soll gefördert werden durch die Ent-

sendung nordamerikanischer Lehrer nach Preußen, die in den oberen Klassen höherer Lehranstalten Vorträge über amerikanische Einrichtungen halten sollen. Die Neuerung ist ähnlich wie der Professorenaustausch gedacht, wenngleich über die Entsendung deutscher Lehrer nach Nordamerika noch nichts bekannt ist. Der Plan, dessen Kosten von der durch den amerikanischen Eisenkönig Carnegie errichteten Stiftung getragen werden, wird voraussichtlich schon im Oktober mit jährlich fünfundzwanzig bis fünfzig Lehrern in die Tat umgesetzt werden.

Halle a. S. Der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine wird vom 9. bis 11. Juni in Halle a. d. Saale tagen.

Gotha. Dem Herzog von Koburg-Gotha hat der Kaiser die Abzeichen des Johanniterordens für regierende Fürsten verliehen. Hochmeister des der Krankenpflege gewidmeten Ordens ist seit dem Tode des Prinzen Albrecht von Preußen der zweite Kaiser-ohn Prinz Eitel-Friedrich. Das Ordenszeichen besteht in einem goldenen, achtspeitzigen und weiß-emaillierten Kreuz.

Darmstadt. Kolonialstaatssekretär Dernburg, der auf Urlaub nach dem Süden geht, hat einen Verlust erlitten. Seine Großmutter, die Pfarrerswitwe Stahl in Darmstadt, ist im 92. Lebensjahre gestorben.

München. Die Denkschrift über die Einführung des elektrischen Betriebs auf den bairischen Staatsbahnen ist nunmehr erschienen. Vorgesehen sind die Linien Augsburg-Freilassing-Reichenhall-Berchtesgaden, München-Garmisch-Partenkirchen-Landesgengenze, München-Schliersee, Holzkirchen-Rosenheim usw.

Strassburg. Die feierliche Einweihung der Hofkönigsburg, die auf Kosten des Reiches und Elsaß-Lothringens restauriert wurde, findet dem „S. Z.“ zufolge am 18. Mai d. J. statt.

London. Mit dem deutschen Vereinsgesetz beschäftigen sich die Londoner Blätter, indem sie ihre gewohnten Rastereien in Bewegung setzen. Sie reden von einer Vergewaltigung der lieben guten Polen durch die schlimmen Deutschen und behaupten, die Deutschen dürften sich nach ihren Taten nicht wundern, daß sie unter den liberalen Nationen der Erde so ungeheuer unbeliebt wären. So viel Worte, so viel dreiste Entstellungen und Lügen; wie sollen da die deutsch-englischen Beziehungen gedeihen?!

Belgrad. Die Dinge in Serbien stehen wieder auf dem Kopf. Infolge des Streites mit seinen Gegnern, ob erst der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn oder der Staatshaushalt beraten werden soll, beantragte das Ministerium Paschitsch bei dem König die Auflösung der Volksvertretung. Der König nahm für die Opposition Partei und verweigerte die Auflösung. Paschitsch und seine Kollegen beantragten darauf ihre Entlassung. Die Volksvertretung wurde vertagt. Der König berief das Präsidium des Parlaments und verschiedene Parteiführer zu sich. Er wünschte, die Skupschtina solle den Handelsvertrag erledigen. Sämtliche Parteiführer erklärten sich jedoch für Neuwahlen. Die Entscheidung liegt in den Händen des Königs. Wahrscheinlich wird das neue Ministerium aus allen Parteien mit Ausnahme der jetzigen Regierungspartei, die den Eintritt in ein solches Kabinett ablehnt, gebildet werden.

Washington. Zwischen der nordamerikanischen Union und Venezuela ist eine scharfe Spannung eingetreten, weil Venezuela einmal der Begleichung seiner Schulden an nordamerikanische Staatsangehörige hartnäckigen Widerstand entgegensetzt und sich dann auch noch in verschiedenen anderen Fragen äußerst haßstarrig zeigt. Präsident Roosevelt sieht sich daher

zu einer militärischen Expedition gegen Venezuela genötigt. Und dabei zeigt sich nun, daß sich die Union durch die Entsendung des Atlantischen Geschwaders in den Stillen Ozean an seiner Ostküste dermaßen von maritimen Streitkräften entblößt hat, daß seine Unternehmung dem edlen venezolanischen Präsidenten Castro kaum sonderlichen Respekt einflößen wird. Mit Zuhilfenahme von Landtruppen sollen immerhin etwa 5000 Mann auf die Beine gebracht werden. Zunächst muß jedoch der Kongreß den Plan genehmigen.

Deutscher Reichstag.

Die Mittwochssitzung, die wieder von 11 Uhr vormittags bis spät abends dauerte, brachte wider Erwarten noch nicht die Vertagung bis nach Ostern. In der dritten Lesung des Vereinsgesetzes bestritt Abg. Gröber (Ztr.) die freiheitliche Tendenz der Vorlage; man stoße im Gegenteil überall auf Polizei. Ein verschleiertes Sozialistengesetz sei es, ein Machtmittel gegen die jeweilige Minderheit. Der § 7 sei ein offener Rechtsbruch. Der Redner wandte sich noch gegen den Freisinn. Abg. Fürst Hatzfeldt (frkons.) führte aus, der Vorredner übersehe die vielen von der Kommission vorgenommenen Verbesserungen. So, wie das Vereinsgesetz, müsse der Block auch die Reichsfinanzreform erledigen. Abg. Fürst Radzwill (Pole) bekämpfte namentlich die Anschauung, die Polen hätten Vorkreisungsbestrebungen. Abg. Dietrich (kons.) verwies demgegenüber auf Auslassungen des Prof. Spahn, eines Sohnes des Zentrumsabgeordneten. Abg. Junck (natlib.) trat dem Abg. Gröber entgegen. In Bezug auf § 7 gebe es für die Nationalliberalen keinen Handel. Das Naturrecht sei immer ausgespielt worden gegen nationale Gedanken. Der Redner bekundete dem Staatssekretär v. Bethmann sein Vertrauen hinsichtlich der Ausführung des Gesetzes. Abg. Heine (Soz.) sprach noch einmal zu den Freisinnigen. Das Schlimmste an dem Gesetz seien seine Unklarheiten. Das Zentrum warte seine Zeit ab, um zu seiner alten Liebe Bülow zurückzukehren, der Freisinn aber opfere alles, um nur ja „dabei“ zu sein. Abg. Schrader (fr. Berg.) rechtfertigte die Haltung der Freisinnigen. Die allgemeine Erörterung wurde auf einen Antrag der Blockparteien geschlossen. In der Einzelberatung hielt die Mehrheit trotz verschiedener Abänderungsanträge von gegnerischer Seite die Beschlüsse zweiter Lesung aufrecht. Auf Angriffe des Abg. Ledebour (Soz.) in einer Dauerrede erklärte es Staatssekretär v. Bethmann für unwahr, der Reichskanzler habe gesagt, § 7 sei auf Verlangen national-liberaler Großindustrieller in das Gesetz aufgenommen worden. Die namentlichen Abstimmungen ergaben als höchstes Stimmenverhältnis 205 zu 167.

Der deutsche Reichstag hat's am Mittwoch doch noch geschafft, wenn um 7 Uhr abends nach achtsündiger Sitzung auch noch keine Aussicht vorhanden zu sein schien. Man legte weitere fünfviertel Stunden zu und hatte